



Arbeiten in Liechtenstein

Information zur Sozialversicherung
unter Berücksichtigung der EG-Verordnung 883/04

Stand: 01.12.2020

Hinweis:**Unterstrichene Texte sind Verweise zu weiterführenden Informationen.**

Ein beruflich bedingter Aufenthalt in Liechtenstein bringt naturgemäß eine Reihe von Veränderungen mit sich. Häufig ergeben sich dabei auch Fragen zum Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht.

Auf den folgenden Seiten informieren wir darüber, ob während einer vorübergehenden Beschäftigung in Liechtenstein die deutschen oder liechtensteinischen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit anzuwenden sind. Soweit die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften von einem Antrag der beschäftigten Person und/oder des Arbeitgebers abhängig ist, erläutern wir das Antragsverfahren. Daneben werden Stellen genannt, die Fragen zur praktischen Anwendung der deutschen bzw. der liechtensteinischen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit beantworten.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass im Folgenden mit Rechtsvorschriften stets die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gemeint sind.

Im folgenden Text bezeichnet der Begriff „Mitgliedstaaten“ auch Island, Liechtenstein und Norwegen.

Allgemeines

Prinzipiell entscheidet jeder Staat in eigener Zuständigkeit beispielsweise darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Arbeitnehmer im Bereich der sozialen Sicherheit geschützt ist und in welcher Höhe Beiträge zu entrichten sind. Bei einer grenzüberschreitenden Beschäftigung könnte dies daher dazu führen, dass Sie in Liechtenstein und in Deutschland gleichzeitig Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssten.

Um dies zu vermeiden, enthält die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vom 29.04.2004 (nachfolgend:

VO (EG) 883/04), die ab dem 01.06.2012 auch auf die EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen anzuwenden ist, spezielle einheitliche Zuständigkeitsregeln für alle Mitgliedstaaten.

Die VO (EG) 883/04 gilt bei grenzüberschreitenden Sachverhalten mit Liechtenstein für Personen, die die Staatsangehörigkeit eines EU- oder EWR-Staates besitzen. Gleiches gilt für Flüchtlinge und Staatenlose, die in einem Mitgliedstaat wohnen. Für Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU- oder EWR-Staates besitzen, gilt die VO (EG) 883/04 für grenzüberschreitende Sachverhalte mit Liechtenstein nicht.

Eine Doppelversicherung kann gegebenenfalls das deutsch-liechtensteinische Abkommen über Soziale Sicherheit vermeiden. Für Fragen und Auskünfte zu diesem Abkommen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (Kontakt Daten: siehe Impressum).

Die VO (EG) 883/04 gilt für alle Rechtsvorschriften, die folgende Zweige der sozialen Sicherheit betreffen:

- Leistungen bei Krankheit (hierzu zählen auch Leistungen bei Pflegebedürftigkeit sowie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall),
- Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft,
- Leistungen bei Invalidität,
- Leistungen bei Alter,
- Leistungen an Hinterbliebene,
- Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
- Sterbegeld,
- Leistungen bei Arbeitslosigkeit,
- Vorruhestandsleistungen und
- Familienleistungen.

¹⁾ Einen Auszug der aktuellen Fassung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 finden Sie unter www.dvka.de in der Rubrik → Informationen → Rechtsquellen → EG-/EWR-Recht.

Grundsätze

Entscheidend dafür, ob für die erwerbstätige Person die liechtensteinischen oder die deutschen Rechtsvorschriften gelten, ist in erster Linie der Ort, an dem die Arbeit tatsächlich ausgeübt wird. Dieser Grundsatz gilt unabhängig davon, in welchem Staat die Person wohnt. Auch der Firmensitz des Arbeitgebers ist grundsätzlich nicht von Bedeutung.

Beispiel 1

[Martin Müller arbeitet als Angestellter in Liechtenstein. Da Herr Müller seine Beschäftigung in Liechtenstein ausübt, gelten für ihn die liechtensteinischen Rechtsvorschriften. Dies wäre auch dann der Fall, wenn Herr Müller in Deutschland wohnen oder sich der Firmensitz seines Arbeitgebers in Deutschland befinden würde.](#)

Die Anwendung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften ist allerdings nicht gleichzusetzen mit einem tatsächlich bestehenden Versicherungsschutz in Liechtenstein. Ob und gegebenenfalls in welchen Bereichen der Arbeitnehmer dort versichert ist, richtet sich ausschließlich nach liechtensteinischem Recht. Informationen darüber, welche Stellen neben den zuständigen Versicherungsträgern in Liechtenstein Auskünfte über das liechtensteinische Sozialrecht geben können, haben wir im [Abschnitt „Ergänzende Informationen“](#) für Sie zusammengestellt.

Entsendung

Eine besondere Regelung gilt für eine Person, die in Deutschland eine Beschäftigung ausübt und die von ihrem Arbeitgeber nach Liechtenstein entsandt wird, um dort eine Arbeit für dessen Rechnung auszuführen. Soweit die entsandte Person unmittelbar vor der Entsendung nicht bereits mindestens einen Monat bei dem entsendenden Unternehmen beschäftigt war, reicht es aus, wenn für sie in diesem Zeitraum die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gegolten haben (z. B. aufgrund der Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber oder wegen des Bezugs von

Arbeitslosengeld). Ferner müssen alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sein, damit für die Dauer der Entsendung weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften gelten:

- Der entsendende Arbeitgeber muss gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit in Deutschland ausüben. Dabei darf es sich nicht nur um reine Verwaltungstätigkeiten handeln. Nennenswert in diesem Sinne ist die Tätigkeit in Deutschland stets, wenn mindestens 25% des Umsatzes in Deutschland erwirtschaftet werden. Bei einem niedrigeren Wert ist von dem zuständigen deutschen Träger eine Einzelfallprüfung vorzunehmen.
- Die voraussichtliche Dauer der Beschäftigung in Liechtenstein darf 24 Monate nicht überschreiten.
- Die arbeitsrechtliche Bindung zwischen der entsandten Person und ihrem Arbeitgeber muss während der gesamten Dauer der Entsendung fortbestehen.
- Die entsandte Person darf keine Person ablösen, die zuvor nach Liechtenstein entsandt wurde. Dies gilt selbst dann, wenn die zuvor entsandte Person bei einem anderen Arbeitgeber beschäftigt ist und/oder der Arbeitgeber dieser Person nicht in Deutschland, sondern in einem anderen Mitgliedsstaat ansässig ist (Ausnahme: Die zuvor für längstens 24 Monate entsandte Person musste die Entsendung unplanmäßig, z. B. wegen einer schweren Erkrankung, vorzeitig beenden und eine andere Person wird für die verbleibende Zeit des ursprünglich geplanten Entsendezeitraums nach Liechtenstein entsandt.).

Beispiel 2

[Nicole Schneider ist Architektin und arbeitet in Potsdam bei einem dort ansässigen Ingenieurbüro. Dieses Unternehmen setzt Frau Schneider zur Betreuung eines Projektes für voraussichtlich vierzehn Monate in Liechtenstein ein.](#)

Beim vorübergehenden Einsatz von Frau Schneider in Liechtenstein handelt es sich insoweit um eine Entsendung im Sinne der VO (EG) 883/04, da

- das Ingenieurbüro gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit in Deutschland ausübt,
- die voraussichtliche Dauer der Entsendung 24 Monate nicht überschreitet,
- die arbeitsrechtliche Bindung zwischen Frau Schneider und dem Ingenieurbüro während der gesamten Entsendung fortbesteht und
- Frau Schneider keine zuvor nach Liechtenstein entsandte Person ablöst.

Für eine abschließende Beurteilung, ob eine Entsendung im Sinne der VO (EG) 883/04 vorliegt, sind die tatsächlichen und rechtlichen Merkmale des Beschäftigungsverhältnisses während des Einsatzes in Liechtenstein zu berücksichtigen.

Weitere Einzelheiten können Sie unter anderem Teil I des „Praktischen Leitfadens zum anwendbaren Recht in der EU, im EWR und in der Schweiz“, der von der Europäischen Kommission herausgegeben wird, entnehmen.

Für die Prüfung, ob für die Dauer einer Entsendung nach Liechtenstein weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gelten, wenden Sie sich bitte an die im Abschnitt „A1-Bescheinigung“ genannte Stelle.

Verlängert sich die ursprünglich geplante Entsendung nach Liechtenstein aus unvorhergesehenen elten für die entsandte Person weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften, sofern die gesamte Entsendung den Zeitraum von 24 Monaten nicht überschreitet. Hierfür ist Voraussetzung, dass weiterhin die zuvor beschriebenen Kriterien einer Entsendung erfüllt sind.

Beispiel 3

Das von Nicole Schneider betreute Bauprojekt (vgl. Beispiel 2) konnte aus unvorhersehbaren Gründen nicht wie geplant innerhalb von 14 Mo-

naten fertiggestellt werden. Ihr Einsatz wird daher um neun Monate verlängert. Da der gesamte Entsendezeitraum von Frau Schneider 24 Monate nicht überschreitet, gelten für Frau Schneider auch während des Verlängerungszeitraums die deutschen Rechtsvorschriften.

Antragsverfahren in Deutschland

Anträge auf Ausstellung einer A1-Bescheinigung für eine entsandte Person sind vom Arbeitgeber ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Weitere Hinweise hierzu haben wir für Sie im Abschnitt „Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1“ zusammengestellt.

Vorübergehende selbstständige Tätigkeit

Eine Person, die gewöhnlich in Deutschland eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausübt und die eine ähnliche Tätigkeit in Liechtenstein ausübt, unterliegt weiterhin den deutschen Rechtsvorschriften, sofern

- sie vor Aufnahme der Erwerbstätigkeit in Liechtenstein bereits seit grundsätzlich mindestens zwei Monaten eine nennenswerte Geschäftstätigkeit in Deutschland ausgeübt hat,
- die voraussichtliche Dauer der Tätigkeit in Liechtenstein 24 Monate nicht überschreitet und
- sie jederzeit den für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlichen Anforderungen (z. B. Unterhaltung von Büroräumen, Zahlung von Steuern, Nachweis eines Gewerbeausweises und einer Umsatzsteuer-Nummer, Eintragung bei der Handelskammer oder in einem Berufsverband) genügt, um die Tätigkeit bei der Rückkehr nach Deutschland fortsetzen zu können.

Verlängert sich die ursprünglich geplante Tätigkeit in Liechtenstein aus unvorhergesehenen Gründen, gelten für eine entsandte Person weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften, sofern die gesamte Arbeit den Zeitraum von 24 Monaten nicht überschreitet. Hierfür ist Voraussetzung, dass weiterhin die zuvor beschriebenen Kriterien erfüllt sind.

Antragsverfahren in Deutschland

Bitte wenden Sie sich für die Prüfung, ob während der vorübergehenden Erwerbstätigkeit in Liechtenstein weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gelten, an die Stelle, die für die Ausstellung der „Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften“ (A1-Bescheinigung) zuständig ist (siehe Abschnitt „A1-Bescheinigung“).

Beamte

Wird eine Person in Deutschland als Beamtin/er beschäftigt, und übt sie ihre Erwerbstätigkeit gewöhnlich oder vorübergehend auch in Liechtenstein aus, gelten für sie insgesamt die deutschen Rechtsvorschriften. Für die Prüfung, ob die Sonderregelung für Beamte anwendbar ist, wenden Sie sich bitte an die im Abschnitt „A1-Bescheinigung“ genannte Stelle.

Beamten gleichgestellte Personen

Die für Beamte geltende Regelung gilt auch für Beamten gleichgestellte Personen. Hierunter sind Beschäftigte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts zu verstehen, sofern für sie unmittelbar vor der Beschäftigung in Bulgarien die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gegolten haben.

Antragsverfahren in Deutschland

Ab dem 01.01.2021 sind Anträge auf Ausstellung einer A1-Bescheinigung für Beamte oder ihnen gleichgestellte Angestellte des öffentlichen Dienstes ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Weitere Hinweise hierzu haben wir für Sie im Abschnitt „Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1“ zusammengestellt.

Seeleute

Personen, die eine Beschäftigung oder selbstständige Erwerbstätigkeit gewöhnlich an Bord eines unter der Flagge eines Mitgliedstaats fahrenden Schiffs auf See ausüben, unterliegen den Rechts-

vorschriften über soziale Sicherheit dieses Staates. Wird eine Beschäftigung jedoch für ein Unternehmen mit Sitz im Wohnstaat der Person ausgeübt, gelten die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit dieses Mitgliedstaats.

Antragsverfahren in Deutschland

Ab dem 01.01.2021 sind Anträge auf Ausstellung einer A1-Bescheinigung für gewöhnlich auf einem Seeschiff beschäftigte Personen ausschließlich elektronisch zu übermitteln, sofern die Tätigkeit-Beschäftigung an Bord eines unter der Flagge eines anderen Mitgliedstaats fahrenden Schiffes für einen Arbeitgeber mit Sitz in Deutschland ausgeübt wird, der in Deutschland ansässig ist und die beschäftigte Person in Deutschland wohnt. Weitere Hinweise hierzu haben wir für Sie im Abschnitt „Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1“ zusammengestellt.

Regelungen für weitere Personenkreise

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gewöhnlich in mehreren Mitgliedstaaten arbeiten

Auch für Personen, die ihre Erwerbstätigkeit gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten ausüben, gelten einheitlich die Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats. Die Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit hat vom zuständigen Träger des Wohnstaats zu erfolgen. Für Personen, die als Mitglieder einer Flug- und Kabinenbesatzung erwerbstätig sind, ist die Prüfung jedoch - unabhängig vom Wohnort der Person - vom zuständigen Träger des Mitgliedstaats durchzuführen, in dem sich die Heimatbasis befindet.

Zu den „gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten erwerbstätigen Personen“ gehören Beschäftigte, die von ihrem Arbeitgeber regelmäßig wechselnd in Deutschland und einem anderen Mitgliedstaat eingesetzt werden, also beispielsweise Fahrer im internationalen Güterverkehr, Zugführer, Monteure, Handwerker oder IT-Spezia-

listen. Auch Personen, die neben dem Beschäftigungsverhältnis in Deutschland für einen anderen Arbeitgeber in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten, gehören zu dem genannten Personenkreis.

Für eine solche Person gelten stets die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, wenn sie in Deutschland wohnt und hier einen wesentlichen Teil ihrer Erwerbstätigkeit ausübt. Dies ist immer dann der Fall, wenn sie gemessen im Rahmen einer Gesamtbewertung aus Arbeitszeit und -entgelt 25% oder mehr in Deutschland tätig ist.

Beispiel 4

Bernd Schulze wohnt in Berlin und übt seine Beschäftigung für seinen in Vaduz ansässigen Arbeitgeber regelmäßig sowohl in Liechtenstein als auch in Deutschland aus. Seine Arbeitszeit verteilt sich zu gleichen Teilen auf Deutschland und Liechtenstein.

Da Herr Schulze in seinem Wohnstaat Deutschland einen wesentlichen Teil seiner Beschäftigung ausübt, gelten für ihn insgesamt die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit.

Für Arbeitnehmer, die gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten erwerbstätig sind und keinen wesentlichen Teil ihrer Erwerbstätigkeit im Wohnstaat ausüben, gelten die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem ihr Arbeitgeber seinen Sitz hat.

Beispiel 5

Birgit Meyer wohnt in Deutschland und arbeitet als Vertriebsmitarbeiterin für ein in Liechtenstein ansässiges Unternehmen. Sie hat im Rahmen ihrer Beschäftigung Kunden in Frankreich und in Deutschland zu betreuen. Die Arbeitszeit in Deutschland beträgt durchschnittlich 3 Tage im Monat und in Frankreich 18 Tage im Monat.

Frau Meyer übt keinen wesentlichen Teil ihrer Beschäftigung in ihrem Wohnstaat Deutschland aus (weniger als 25%). Für sie gelten die liechten-

steinischen Rechtsvorschriften, da ihr Arbeitgeber in Liechtenstein seinen Sitz hat.

Auch für Personen, die für zwei Unternehmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind, ihre Beschäftigung gewöhnlich in mehreren Mitgliedstaaten ausüben, gelten grundsätzlich die Rechtsvorschriften ihres Wohnstaats nur dann, wenn sie einen wesentlichen Teil ihrer Erwerbstätigkeit im Wohnstaat ausüben.

Beispiel 6

Klaus Müller wohnt in Deutschland. Er ist bei einem in Liechtenstein ansässigen Unternehmen angestellt und ist dort 40 Stunden in der Woche tätig. Zusätzlich arbeitet er als Servicekraft am Wochenende 8 Stunden bei einem Restaurant an seinem Wohnort in Deutschland.

Herr Müller übt keinen wesentlichen Teil seiner Erwerbstätigkeit in seinem Wohnstaat Deutschland aus (unter 25% gemessen an seiner gesamten Arbeitszeit und seinem Arbeitsentgelt). Für ihn gelten einheitlich die liechtensteinischen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, da dort der Arbeitgeber, bei dem er die Hauptbeschäftigung ausübt, seinen Sitz hat.

Lediglich für den Fall, dass Herr Müller bei zwei Unternehmen angestellt ist, die zwar in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind, aber keines davon im Wohnstaat von Herrn Müller, gelten - unabhängig von der Ausübung eines wesentlichen Teils der Erwerbstätigkeit im Wohnstaat - die Rechtsvorschriften des Wohnstaates. Herr Müller würde folglich den deutschen Rechtsvorschriften unterliegen, wenn das Restaurant nicht in Deutschland, sondern beispielsweise in Frankreich gelegen wäre.

Bei der Prüfung, welche Rechtsvorschriften für eine gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten erwerbstätige Person gelten, sind unbedeutende Tätigkeiten nicht zu berücksichtigen.

Hierunter sind Tätigkeiten zu verstehen, die aufgrund

- ihrer Eigenart (z. B. Tätigkeiten, die lediglich unterstützenden Charakter haben, die nicht eigenständig ausgeübt werden, die zu Hause oder im Dienste der Haupttätigkeit ausgeübt werden),
- des Zeitaufwandes (weniger als 5% der regulären gesamten Arbeitszeit) oder
- ihres wirtschaftlichen Ertrags (weniger als 5% der Gesamtvergütung)

als unbedeutend angesehen werden können. Weitere Einzelheiten dazu können Sie unter anderem in Teil II des „Praktischen Leitfadens zum anwendbaren Recht in der EU, im EWR und in der Schweiz“, der von der Europäischen Kommission herausgegeben wird, entnehmen.

Regelungen für andere Personen, die gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten erwerbstätig sind

Das Gemeinschaftsrecht sieht unter anderem für folgende Personen spezielle Regelungen für die Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften, über soziale Sicherheit vor:

- Personen, die ihre selbstständige Tätigkeit gewöhnlich in mehreren Mitgliedstaaten ausüben, unterliegen den Rechtsvorschriften ihres Wohnstaates, wenn sie dort einen wesentlichen Teil (mindestens 25%) ihrer Tätigkeit ausüben. Bei einer Tätigkeit im Wohnstaat von unter 25% gelten die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem sich der Mittelpunkt ihrer Tätigkeit befindet.
- Personen, die in einem Mitgliedstaat als *Beschäftigte* und in einem anderen Mitgliedstaat als *Selbstständige* erwerbstätig sind, unterliegen grundsätzlich den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaates, in dem sie beschäftigt sind.

- Personen, die in einem Mitgliedstaat als *Beamtin bzw. Beamter* und in einem anderen Mitgliedstaat als *Beschäftigte oder Selbstständige* erwerbstätig sind, unterliegen grundsätzlich den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem das Beamtenverhältnis besteht.
- Personen, die als *Mitglieder einer Flug- und Kabinenbesatzung* erwerbstätig sind, unterliegen den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem sich ihre Heimatbasis befindet.

Weitere Einzelheiten können Sie unter anderem Teil II des „Praktischen Leitfadens zum anwendbaren Recht in der EU, im EWR und in der Schweiz“, der von der Europäischen Kommission herausgegeben wird, entnehmen.

Bei Fragen zu diesen oder weiteren Fallgestaltungen der gewöhnlichen Erwerbstätigkeit in zwei oder mehr Mitgliedstaaten wenden Sie sich bitte unter der Telefonnummer +49 228 9530-446 an den GKV-Spitzenverband, DVKA (weitere Kontaktdaten siehe Impressum).

Antragsverfahren in Deutschland

Der GKV-Spitzenverband, DVKA nimmt für folgende Personengruppen die Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften vor:

Für alle in Deutschland wohnenden Personen, die gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten erwerbstätig sind und für Personen, die als Mitglieder einer Flug- und Kabinenbesatzung beschäftigt und mit Heimatbasis in Deutschland stationiert sind.

Soweit die deutschen Rechtsvorschriften festgelegt werden, stellt er hierüber auch die „Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften“ (A1-Bescheinigung) aus.

Für die Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften werden vom Sachverhalt abhängige detaillierte Informationen benötigt.

Arbeitgeber, deren Beschäftigte

- - ausschließlich für ihren in Deutschland ansässigen Arbeitgeber gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten eingesetzt werden oder
- - als Flug- oder Kabinenbesatzungsmitglieder mit Heimatbasis in Deutschland stationiert sind,

haben den entsprechenden Antrag ab dem 01.01.2021 ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Weitere Hinweise hierzu haben wir für Sie im Abschnitt „Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1“ zusammengestellt. In allen übrigen Sachverhalten verwenden Sie bitte den auf Ihre Situation zutreffenden Fragebogen, den Sie im Internet unter www.dvka.de in der Rubrik → Arbeitgeber & Erwerbstätige → Anträge & Fragebögen finden → Gewöhnliche Erwerbstätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten finden.

Zuständigkeit im anderen Mitgliedstaat

Sofern sich der Wohnsitz der erwerbstätigen Person bzw. im Falle von Flug- oder Kabinenbesatzungsmitgliedern sich die Heimatbasis nicht in Deutschland befindet, wenden Sie sich bitte an den zuständigen Träger des Wohnstaates bzw. des Staates der Heimatbasis, damit dieser die anzuwendenden Rechtsvorschriften festlegen kann.

Der Träger des Wohnstaates veranlasst auch, dass eine A1-Bescheinigung ausgestellt wird. Wenn er feststellt, dass die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit gelten, informiert er hierüber die Deutsche Rentenversicherung, 10704 Berlin, die die Ausstellung der A1-Bescheinigung in Deutschland veranlasst (siehe Abschnitt „A1-Bescheinigung“)

Den zuständigen Träger des Wohnstaates finden Sie über unsere Internetseite www.dvka.de in der Rubrik → Arbeitgeber & Erwerbstätige → Anträge und Fragebögen finden → Gewöhnliche Erwerbstätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten → Zuständige

Stellen bei Wohnort im Ausland.

Einzelheiten zur Bestimmung des Wohnsitzes bzw. Lebensmittelpunkts können Sie unter anderem Teil III des „Praktischen Leitfadens zum anwendbaren Recht in der EU, im EWR und in der Schweiz“ entnehmen.

Übergangsregelungen

Aufgrund von Übergangsregelungen in der VO (EG) 883/04 bleiben die vor Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Rechtsvorschriften weiterhin anwendbar, sofern sich der bis dahin vorherrschende Sachverhalt nicht ändert. Da die VO (EG) 883/04 für die Schweiz seit dem 01.04.2012 anwendbar ist, gilt diese Übergangsregelung für die Schweiz noch bis zum 31.03.2022. Für die EWR-Staaten (Island, Liechtenstein und Norwegen) gilt die VO (EG) 883/04 seit dem 01.06.2012, so dass die Übergangsregelung hier bis zum 31.05.2022 andauert.

Mit Wirkung vom 28.06.2012 hatten sich aufgrund einer Anpassung der VO (EG) 883/04 die Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften geändert. Die Änderung betraf insbesondere Mitglieder von Flug- und Kabinenbesatzungen, für die seitdem grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats gelten, in dem ihre Heimatbasis liegt.

Darüber hinaus gelten seitdem für eine gewöhnlich in mehreren Mitgliedstaaten erwerbstätige Person nicht mehr generell die Rechtsvorschriften des Wohnstaates, wenn sie bei mehreren, in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässigen Arbeitgebern beschäftigt ist.

Für diese Sachverhalte enthält die Verordnung (EG) 883/2004 eine Übergangsregelung, die grundsätzlich dazu führt, dass - sofern sich der vorherrschende Sachverhalt nicht ändert - die zuvor geltenden Rechtsvorschriften weiterhin für maximal 10 Jahre anwendbar sind.

Weitere Informationen zu den Übergangsbestimmungen finden Sie im Internet unter www.dvka.de in der Rubrik → Arbeitgeber & Erwerbstätige → Anträge & Fragebögen finden → Übergangsbestimmungen sowie in Teil IV des „Praktischen - Leitfadens zum anwendbaren Recht in der EU, im EWR und in der Schweiz“.

Ausnahmereinbarungen

Gelten nach den zuvor genannten Regelungen die liechtensteinischen Rechtsvorschriften, kann im Einzelfall auf Basis einer Ausnahmereinbarung erreicht werden, dass für den Arbeitnehmer die deutschen Rechtsvorschriften gelten. Wird eine solche Vereinbarung geschlossen, gilt sie einheitlich für alle Bereiche der sozialen Sicherheit. Es ist daher ausgeschlossen, dass für einen Arbeitnehmer aufgrund einer Ausnahmereinbarung beispielsweise hinsichtlich der gesetzlichen Rentenversicherung die deutschen und ansonsten die liechtensteinischen Rechtsvorschriften gelten. Für den Abschluss einer Ausnahmereinbarung ist auf deutscher Seite der GKV-Spitzenverband, DVKA, Bonn, und auf liechtensteinischer Seite das Amt für Gesundheit, Abteilung Versicherung, Vaduz, zuständig. Es sind in jedem Einzelfall beide Stellen beteiligt.

Grundvoraussetzung für den Abschluss einer Ausnahmereinbarung ist das individuell zu begründende Interesse des Arbeitnehmers daran, dass für ihn weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Beispiel 7

[Nicole Schneider \(vgl. Beispiel 2\)](#) wird drei Jahre nach Abschluss ihres ersten Projekts in Liechtenstein erneut zur Betreuung eines Bauprojekts nach Liechtenstein entsandt. Da es sich um ein sehr umfangreiches Bauvorhaben handelt, steht bereits zu dessen Beginn eine Projektlaufzeit von 36 Monaten fest. Frau Schneider ist daran interessiert, dass für sie weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften gelten. Sie begründet dies damit, dass sie bisher ausschließlich Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt und auch ihre ergän-

zende finanzielle Vorsorge für die Zeit nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit auf das deutsche Rentenversicherungssystem abgestellt hat. Ferner geht sie davon aus, dass sie künftig nicht mehr in Liechtenstein arbeiten wird.

Der Einsatz von Frau Schneider wird länger als 24 Monate dauern. Die Voraussetzungen einer Entsendung im Sinne des Gemeinschaftsrechts liegen somit nicht vor. Für sie gelten daher grundsätzlich bereits ab Beschäftigungsaufnahme in Liechtenstein die liechtensteinischen Rechtsvorschriften. Da es im Interesse von Frau Schneider liegt, dass für sie weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften gelten, kann für sie eine Ausnahmereinbarung in Betracht kommen.

Wird ein Antrag auf eine Ausnahmereinbarung beim GKV-Spitzenverband, DVKA, Bonn gestellt und stimmt auch das Amt für Gesundheit, Abteilung Versicherung, Vaduz, einer solchen zu, gelten für Frau Schneider weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften.

Bei einer Ausnahmereinbarung handelt es sich um eine Ermessensentscheidung. Dabei wird insbesondere die arbeitsrechtliche Bindung des Arbeitnehmers in Deutschland berücksichtigt. Eine solche arbeitsrechtliche Bindung liegt zweifelsfrei vor, wenn das bisherige Arbeitsverhältnis unverändert fortbesteht oder lediglich um zusätzliche Regelungen für die Zeit des Auslandseinsatzes in Liechtenstein ergänzt wird. Aber auch ein ruhendes Arbeitsverhältnis („Rumpfarbeitsverhältnis“) kann aus deutscher Sicht eine ausreichende arbeitsrechtliche Bindung darstellen, wenn bestimmte Nebenpflichten (z. B. Berichtspflichten gegenüber dem bisherigen Arbeitgeber, Fortführung der betrieblichen Altersversorgung) während des Auslandseinsatzes bestehen bleiben und das bisherige Arbeitsverhältnis bei der Rückkehr nach Deutschland in vollem Umfang wiederauflebt.

Ferner wird eine konkrete zeitliche Befristung des Einsatzes in Liechtenstein gefordert, die grundsätz-

lich maximal fünf Jahre betragen darf. Allerdings kann aus deutscher Sicht anschließend eine Verlängerung von maximal drei Jahren in Betracht kommen, wenn besondere Umstände des Einzelfalls, die vom Antragsteller detailliert darzulegen sind, dies rechtfertigen.

Besonderheiten für Liechtenstein

Von liechtensteinischer Seite wurden wir darüber informiert, dass man dort keine Möglichkeit sieht, Ausnahmereinbarungen zu schließen, wenn der Arbeitnehmer in Liechtenstein einen lokalen Arbeitsvertrag mit dem dortigen Unternehmen abgeschlossen hat.

Antragsverfahren in Deutschland

Entscheiden Sie sich dafür, eine Ausnahmereinbarung zu beantragen, damit weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften gelten, sollten Sie den Antrag möglichst vier Monate vor Aufnahme der Beschäftigung in Liechtenstein beim GKV-Spitzenverband, DVKA, Bonn, stellen. Erfahrungsgemäß besteht dann bereits bei Arbeitsaufnahme in Liechtenstein bzw. vor Ablauf des bisherigen Entsendezeitraumes für alle Beteiligten Rechtssicherheit hinsichtlich der anzuwendenden Rechtsvorschriften.

Anträge auf Abschluss einer Ausnahmereinbarung nach Artikel 16 Abs. 1 VO (EG) 883/04 sind ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Weitere Hinweise hierzu haben wir für Sie im Abschnitt „Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1“ zusammengestellt.

A1-Bescheinigung

Arbeitnehmer, Selbstständige und Beamte, die in Liechtenstein arbeiten und für die die deutschen Rechtsvorschriften gelten, erhalten auf Antrag eine „Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften“ (A1-Bescheinigung). Diese Bescheinigung dient gegenüber den liechtensteinischen und deutschen zuständigen Stellen als Nachweis darüber, dass für die Person ausschließlich die deutschen Rechtsvorschriften gelten. Sie ist für alle

Beteiligten, Verwaltungen und Gerichte bindend, solange sie von der Stelle, die sie ausgestellt hat, nicht für ungültig erklärt oder widerrufen worden ist. Hierzu ist die ausstellende Stelle nach dem Gemeinschaftsrecht beispielsweise verpflichtet, wenn die Angaben in der A1-Bescheinigung nicht (mehr) den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Dies gilt ggf. auch für zurückliegende Zeiträume. Daher ist es sehr wichtig, dass Sie diese Stelle stets wahrheitsgemäß und umfassend über die tatsächlichen Verhältnisse und über Änderungen informieren.

Weitere Einzelheiten können Sie unter anderem dem Merkblatt „Informationen zum Vordruck A1 und zu seiner Verwendung“, das von der Europäischen Union herausgegeben wird, entnehmen.

Die A1-Bescheinigung stellt in Deutschland aus:

- die gesetzliche Krankenkasse, bei der die Person versichert ist. Dies gilt unabhängig davon, ob bei dieser Krankenkasse eine Pflicht-, freiwillige oder Familienversicherung besteht;
- der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung (DRV Bund, DRV Knappschaft-Bahn-See oder der zuständige Regionalträger der DRV), wenn die Person nicht gesetzlich krankenversichert ist;
- die Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V., Postfach 08 02 54, 10002 Berlin, für Personen, die nicht gesetzlich krankenversichert und Mitglied bei einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind;
- der GKV-Spitzenverband, DVKA, Bonn, sofern die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, wenn eine Person
 - a) eine Erwerbstätigkeit gewöhnlich in zwei oder mehr Mitgliedstaaten ausübt und sich ihr Wohnort in Deutschland befindet oder
 - b) als Flug- oder Kabinenbesatzungsmitglied beschäftigt und mit Heimatbasis in Deutschland stationiert ist oder
 - c) für sie eine Ausnahmereinbarung geschlossen wurde.

Elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren A1

Im Rahmen des elektronischen Antrags- und Bescheinigungsverfahrens nach § 106 SGB IV sind die Arbeitgeber verpflichtet, mittels systemgeprüfter Abrechnungsprogramme oder einer maschinellen Ausfüllhilfe an Anträge auf Ausstellung einer A1-Bescheinigung an die jeweils zuständige Stelle zu übermitteln.

In den folgenden Fällen richtet sich der Antrag entweder an die gesetzliche Krankenkasse, den zuständigen Rentenversicherungsträger oder die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen.

- seit dem 01.07.2019 im Falle von Entsendungen nach Artikel 12 Abs. 1 VO (EG) 883/04,
- seit dem 01.01.2021 für Beamte und den Beamten gleichgestellte Personen im öffentlichen Dienst nach Artikel 11 Abs. 3 Buchst. b) VO (EG) 883/04 und
- seit dem 01.01.2021 für in Deutschland wohnende Personen, die nach Artikel 11 Absatz 4 VO (EG) 883/04 gewöhnlich an Bord eines unter der Flagge eines andern Mitgliedstaats fahrenden Seeschiffes vom einen in Deutschland ansässigen Arbeitgeber beschäftigt sind.

In den folgenden Fällen ist vom Arbeitgeber ein elektronischen Antrag an den GKV-Spitzenverband, DVKA zu richten:

- seit dem 01.07.2019 im Falle eines Antrags auf Abschluss einer Ausnahmevereinbarung nach Artikel 16 Abs. 1 VO (EG) 883/04,
- seit dem 01.01.2021 für Personen, die nach Artikel 13 VO (EG) 883/04 ausschließlich bei einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber beschäftigt sind und für diesen gewöhnlich in zwei oder mehreren Mitgliedstaaten arbeiten und

- seit dem 01.01.2021 für Personen, die nach Artikel 11 Absatz 5 VO (EG) 883/04 als Flug- oder Kabinenbesatzungsmitglied beschäftigt und mit Heimatbasis in Deutschland stationiert sind.

Nutzen Sie ein solches Programm nicht, steht Ihnen für die Beantragung der Ausstellung einer A1-Bescheinigung alternativ eine entsprechende maschinelle Ausfüllhilfe der Informationstechnischen Servicestelle der Gesetzlichen Krankenversicherung GmbH (ITSG) unter <https://www.itsg.de/oeffentliche-services/sv-net/> zur Verfügung.

Bitte beachten Sie, dass z.B. die Festlegung des anwendbaren Rechts bei Beschäftigung in mehreren Staaten derzeit nicht vom elektronischen Antragsverfahren erfasst ist.

Fragebögen und Anträge zur Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften finden Sie im Internet unter www.dvka.de in der Rubrik → Arbeitgeber & Erwerbstätige → [Anträge & Fragebögen finden](#).

Kranken- und Unfallversicherungsschutz

Erwerbstätige Personen, die vorübergehend in Liechtenstein tätig und weiterhin in Deutschland gesetzlich krankenversichert sind, können auch in Liechtenstein Sachleistungen bei Krankheit und Mutter- bzw. Vaterschaft in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für die mitversicherten Familienangehörigen, die die Person begleiten oder besuchen. Hierfür ist die Europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) erforderlich. Sie wird von der Krankenkasse des gesetzlich Krankenversicherten ausgestellt. Weitere Informationen zur Sachleistungsaushilfe in Liechtenstein sind unmittelbar bei der Krankenkasse erhältlich. Daneben enthält auch das in erster Linie für Urlauber bestimmte [Merkblatt „Urlaub in Liechtenstein“](#) nützliche Informationen zum Krankenversicherungsschutz bei einem vorübergehenden Aufenthalt in Liechtenstein.

Wohnt die gesetzlich krankenversicherte Person als Grenzgänger in Liechtenstein, händigt die ge-

gesetzliche Krankenkasse einen Anspruchsnachweis (Vordruck E 106 bzw. PD S1) zur Vorlage beim ausländischen Träger aus. Auf der Basis dieses Vordrucks erhalten auch die in Liechtenstein wohnenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen Krankenversicherungsleistungen. Für welche der dort wohnenden Familienangehörigen dies gilt, richtet sich nach liechtensteinischem Recht. Informationen hierzu sowie über Art und Umfang der Sachleistungen (z. B. ärztliche Behandlung, Arzneimittel) erhalten Sie bei dem für den Wohnort zuständigen liechtensteinischen Träger sowie bei der liechtensteinischen Verbindungsstelle:

Amt für Gesundheit (AG)
 Äulestrasse 51
 Postfach 684
 9490 Vaduz
 LIECHTENSTEIN

Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite www.dvka.de in der Rubrik Informationen → Auskunftsstellen.

Alternativ zur Sachleistungsaushilfe durch den liechtensteinischen Träger erhalten in Deutschland gesetzlich krankenversicherte Personen, die während ihrer vorübergehenden Beschäftigung in Liechtenstein erkranken, die ihnen auch in Deutschland zustehenden Krankenversicherungsleistungen von ihrem Arbeitgeber. Dies gilt auch für mitversicherte Familienangehörige, die den Arbeitnehmer nach Liechtenstein begleiten oder ihn dort besuchen.

Weitere Informationen - auch zum Erstattungsverfahren zwischen Arbeitgeber und Krankenkasse - erhalten Sie bei der jeweiligen Krankenkasse.

Nach einem Arbeitsunfall wenden Sie sich bitte an den zuständigen deutschen Unfallversicherungsträger (z. B. Berufsgenossenschaft). Weitere Informationen erhalten Sie unter folgender Adresse:

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
 Glinkastraße 40
 10117 Berlin

Ergänzende Informationen

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter anderem bei den folgenden Stellen:

- Bundesverwaltungsamt
 Informationsstelle für Auswanderer
 und Auslandstätige
 50728 Köln
- Liechtensteinische AHV-IV-FAK
 Gerberweg 2
 Postfach 84
 9490 VADUZ
 LIECHTENSTEIN

sowie im Internet unter: www.europa.eu.

Außerdem empfehlen wir Ihnen dringend, sich bei speziellen versicherungs- oder leistungsrechtlichen Fragen – wie z. B. der Anrechnung von Versicherungszeiten oder der Inanspruchnahme von Leistungen – vom jeweils zuständigen Versicherungsträger in Deutschland bzw. in Liechtenstein individuell beraten zu lassen.

Impressum

GKV-Spitzenverband

Deutsche Verbindungsstelle
Krankenversicherung - Ausland (DVKA)
Pennefeldsweg 12 c
53177 Bonn
Tel: +49 228 9530-0
Fax: +49 228 9530-600
E-Mail: post@dvka.de
Internet: www.dvka.de

Stand: Dezember 2020

Die Informationen dieses Merkblattes wurden sorgfältig recherchiert. Ansprüche können hieraus jedoch nicht hergeleitet werden.

Bildnachweis Baustellenszene: www.fotolia.com/Surrender
Bildnachweis Schloss Vaduz: www.fotolia.com/Netzer
Bildnachweis Vertragsbesprechung: www.goodshot.com